

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,
sehr geehrte Interessierte,

Februar 2024

die Kreistagspolitik wurde in den letzten Wochen besonders durch die Beratungen über die Krankenhausversorgung im südlichen Teil des Landkreises und über die Zukunft der berufsbildenden Schulen bestimmt.

Nach der bevorstehenden Schließung von wichtigen Stationen des Alfelder Klinikums muss nun alles unternommen werden, um den Erhalt des Gronauer Krankenhauses zu sichern und zumindest diese Klinik für die Zukunft zu stärken. Schließlich geht es darum, die wichtige ortsnahе Krankenhausversorgung für den südlichen Teil des Landkreises sicherzustellen. Wir haben daher beantragt, die Klinikleitung des Johanniter-Krankenhauses Gronau in die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit am 07.03.2024 einzuladen. Zweck dieser Einladung ist es, einen umfassenden Bericht über die aktuelle Situation und die Zukunft dieser Klinik zu erhalten.

Die Fortsetzung der Planung der notwendigen Bauprojekte für die berufsbildenden Schulen wird immer dringlicher. Nach wie vor steht nicht fest, auf welchen konkreten Grundstücken nunmehr die erforderlichen Gebäude geschaffen werden sollen. Es kommt hinzu, dass die Heizungsanlage der Hermann-Nohl-Schule defekt ist, ein regelmäßiger Sanierungsbedarf besteht und zudem dringend weitere Unterrichtsräume benötigt werden.

Die Verzögerungen halte ich für nicht akzeptabel. Im Sinne einer zukunftsfähigen Planung müssen die Berufsschulen wissen, von welchen räumlichen Voraussetzungen auszugehen ist. Es muss nun unverzüglich eine Entscheidung über die Standorte getroffen werden. Landrat Bernd Lynack, Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer und auch die Mehrheitsgruppen im Kreistag sowie Stadtrat sind gefordert, intensiv darauf hinzuwirken und offene Grundstücksfragen schnellstmöglich zu klären.

Wir haben die Situation zum Anlass genommen, eine umfassende Anfrage an Herrn Landrat Bernd Lynack zu stellen. Zudem haben wir beantragt, nunmehr in der Sitzung des Kreistages am 20.06.2024 die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Josef Stuke
Fraktionsvorsitzender

Termine

Die nächste **Mitgliederversammlung** der **Unabhängigen im Landkreis Hildesheim** findet am **17.04.2024** um 18 Uhr im Landgasthaus Wilke in Borsum statt. Die Einladungen werden in Kürze versandt.

Am **08.05.2024** findet der erste **Stammtisch** der **Unabhängigen im Landkreis** statt. Weitere Informationen folgen.

Unabhängige in Alfeld

„Es ist ein Schlag für Alfeld, dass das Krankenhaus aufgegeben wird“, so **Uwe Höltgebaum** während der Sondersitzung des Rates der Stadt Alfeld am 12.02.2024. Besonderes Augenmerk liegt auch für ihn auf den Rettungs- und Notfalltransportwagen in Alfeld. „Wir brauchen zwingend einen Notarzteinsetzfahrzeug-Standort in Alfeld sowie die Erweiterung der Rettungswagen, das ist elementar wichtig.“

Unabhängige in Elze

Einigkeit herrschte bei den Beschlüssen im Rat bei der Sitzung am 07.02.2024. Beim Thema „Energieerzeugung“ wurde die Verwaltung (bei einer Gegenstimme) damit beauftragt, bei der Sanierung des Wehrs der Saale im Bereich des Heimatmuseums zu prüfen, inwiefern die Wasserkraft für eine Stromerzeugung genutzt werden kann. Den Antrag hatte die UWE-Fraktion gestellt, die neben Windkraft, Photovoltaik und Biogasanlage noch eine weitere Form von Energieerzeugung in Elze wünscht. Nach Aussage von **Ulrich Bantelmann** soll es – laut Recherchen des Geschichtsvereins – bereits in den 50-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Stromerzeugung durch Wasserkraft gegeben haben. Vielleicht könne man hier wieder ansetzen, so der UWE-Ratsherr.

(Quelle Text+Bild: Rolf Kuhleemann, LDZ 09.02.2024)



Die UWE-Mitglieder **Esther Pflock-Klatte**, **Ulrich Bantelmann** und **Michael Röver** (v.r.) freuen sich, dass ihr Antrag zum Thema Energieerzeugung angenommen wird.

Unabhängige im Kreistag

Im Zusammenhang mit der prekären Finanzsituation und im Hinblick auf einen möglichen Nachtragshaushalt 2024 hält es die Kreistagsfraktion für erforderlich, aktuelle Informationen zum voraussichtlichen Jahresabschluss 2023 und zum Haushaltsplan 2024 zu erhalten. Sie haben daher beantragt, das Thema auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 26.02.2024 zu nehmen. Ergänzend dazu haben sie einige Fragen an die Verwaltung gerichtet. Die Anfrage kann auf unserer Homepage eingesehen werden.

Mit der Antwort der Verwaltung vom 07.02.2024 auf die Anfrage vom 17.01.2024 zum Thema Hochwasser- und Bevölkerungsschutz hat diese mitgeteilt, dass unter anderem geplant sei, "Hochwasserschutzzüge" zu implementieren. Als Basis für die insgesamt geplanten Maßnahmen soll "das noch in Abstimmung befindliche Konzept "Hochwasserschutzzüge" der Kreisfeuerwehrführung" dienen. Im Zusammenhang damit steht der Antrag der Mehrheitsgruppe vom 22.01.2024, Mittel für die Aufstellung eines Fachzuges Hochwasserschutz bereitzustellen.

Zunächst hat die Kreistagsfraktion beantragt, diesen Antrag im Hinblick auf die finanziellen Fragen auch auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 26.02.2024 zu nehmen.

Im Übrigen ist der Antrag der Gruppe offensichtlich nicht entscheidungsreif. Zunächst sollte den Kreistagsgremien das o. a. Konzept vorgelegt und auch der konkrete Finanzbedarf dargelegt werden. Ferner ist es offensichtlich erforderlich, die Bedenken der Stadt Hildesheim auszuräumen. Es wird deutlich, dass eine sachgerechte Entscheidung nur mit einer umfassenden Vorlage der Verwaltung getroffen werden kann.

Unabhängige im Landkreis Hildesheim

Zu unserer Braunkohlwanderung waren zahlreiche Mitglieder aus verschiedenen Mitgliedsverbänden erschienen, was zu einer vielfältigen und lebendigen Atmosphäre beitrug.

Ein Highlight der Braunkohlwanderung war zweifellos das leckere Essen, das für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, auch für die Nicht-Mitwanderer, bereitstand. Der traditionelle Braunkohl wurde frisch zubereitet und sorgte für kulinarische Genüsse. Es ist immer wieder schön zu sehen, wie gutes Essen Menschen zusammenbringt und für eine angenehme Stimmung sorgt.

Darüber hinaus wurde sich während der Wanderung rege miteinander ausgetauscht. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit, sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen. Solche Gelegenheiten sind für den Zusammenhalt und die Vernetzung innerhalb unserer Verbände von großer Bedeutung.

In Augenschein genommen wurde von den Wanderern die Hallerbrücke zwischen Eldagsen und Adensen, welche bereits seit drei Jahren den Ortsrat Adensen und die Nordstemmer Gemeindeverwaltung beschäftigt. Inzwischen steht einem Brückenneubau rechtlich nichts mehr im Wege.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bedanken, die diese Braunkohlwanderung zu einem tollen Erlebnis gemacht haben. Es war schön zu sehen, wie Menschen unterschiedlicher Verbände zusammenkommen und gemeinsam eine schöne Zeit verbringen können.

Wir freuen uns schon auf weitere gemeinsame Veranstaltungen in der Zukunft.

Unabhängige in Nordstemmen

Seit mehr als drei Jahren beschäftigt die Hallerbrücke zwischen Eldagsen und Adensen den Ortsrat Adensen und die Nordstemmer Gemeindeverwaltung. Ein Ende der scheinbar unendlichen Geschichte hatte sich bereits im Oktober abgezeichnet. Anders als seinerzeit erhofft, werden Fußgänger und Radfahrer aber wohl noch einen Frühling und Sommer lang auf die kürzeste und sicherste Verbindung zwischen den Ortschaften verzichten müssen.



Ortsratsbetreuer Timm Kujath stellte im Gremium einen Baubeginn erst nach Ende der Brut- und Setzzeit in Aussicht.

Auch ein weiteres Dauerthema kommt nicht voran. Nach wie vor ist offen, wann auf der durch Adensen führenden Kreisstraße (K506) endlich die Bagger rollen und die Sanierung beginnt. Auch eine Aussage vom Landkreis, ob die vom Ortsrat gewünschte Verrohrung des auf einem Teilstück bislang nicht verrohrten Grabens und der Bau eines Fußwegs im Zuge der Maßnahmen umgesetzt werden kann, steht noch aus.



Die Adenser, die seit dreißig Jahren auf die Instandsetzung der Ortsdurchfahrt warten, müssen sich weiter in Geduld üben.

Gute Nachrichten hatte Kujath für diejenigen mitgebracht, die auf die Sanierung der Duschen in der Rolf-Gehrke-Halle warten. Voraussichtlich Anfang März sollen die Arbeiten in einem der Duschräume starten und dann im zweiten weitergehen.

Neben Temposünden zählen Parkvergehen zu den Dauerthemen, die im Ortsrat und der Einwohnerfragestunde diskutiert werden. Aus Sicht von Ortsbürgermeister **Oliver Riechelmann** ist jeder Einzelne gefragt, das eigene Verhalten zu überprüfen. „Jeder Einwohner sollte sich hinterfragen, wo er sein Auto parkt“, appellierte der Unabhängige zum wiederholten Mal an seine Mitbürger. Ein neuralgischer Punkt, an dem viele Autofahrer zu schnell unterwegs sind, ist die Straße „Am Mühlenfeld“. Jüngst hat der Landkreis dort geblitzt, was laut **Riechelmann** nicht bei jedem Adenser gut angekommen ist. Der Ortsrat, an den immer wieder Beschwerden über Raser herangetreten werden, begrüßte die Aktion. Dabei geht es nach Aussage des Ortsbürgermeisters ausschließlich um ein Ziel: Ein Bewusstsein zu schaffen, nicht mit 50 oder 60 Stundenkilometern durch die Tempo 30-Zone zu fahren. An der Straße „Am Mühlenfeld“ befindet sich eine Bushaltestelle, die unter anderem Kinder im Grundschulalter auf ihrem Schulweg ansteuern. Damit insbesondere der Nachwuchs, der den ÖPNV nutzt, seinen Drahtesel sicher abstellen kann, wünscht sich der Ortsrat nahe der Bushaltestelle eine Fahrradabstellanlage für bis zu sechs Räder.

Ein weiteres Vorhaben, das das Gremium einstimmig auf den Weg brachte, ist die Entfernung einer maroden Bank in Nähe der Biogasanlage. Als Ersatz soll eine neue Bank angeschafft werden. Wo die exakt stehen wird, ist noch offen. Ein alternativer, deutlich attraktiver Standort soll gesucht werden.

Knapp zehn engagierte Bürger wollen in den kommenden Wochen und Monaten ausloten, wie wieder eine Einkaufsmöglichkeit für die Adenser und Hallerburger geschaffen werden kann. Spruchreif ist laut **Riechelmann** noch nichts. Die Gruppe um Ortsratsmitglied **Svea Ewler** steckt noch in den Anfängen. Wie der Ortsbürgermeister mitteilte, will sich das Team unter anderem in Rössing (Rnah) und Nettlein (Tante Enso) über mögliche Dorfladen-Konzepte informieren.

(Quelle Text+Bild: Ann-Cathrin Oelkers, LDZ 17.02.2024)

Unabhängige in der Samtgemeinde Leinebergland – Gronau

Folgende Anträge der Gruppe Grüne, FDP und WGL standen am 30.01.2024 auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Bau und Klimaschutz der Stadt Gronau:

Beitritt der Initiative 30 km/h in der Stadt Gronau (Leine)

Lebendige, attraktive Kommunen brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Gerade unsere Straßen und Plätze sind unser Aushängeschild, sie prägen das Stadtbild und beeinflussen die Stadtökologie und die Lebensqualität. Daher ist es unsere zentrale Aufgabe, die Aufenthaltsqualität und Sicherheit auf unseren Straßen und Plätzen mit den Mobilitäts- und Teilhabeerfordernissen von Menschen und Wirtschaft zu vereinbaren. Um diesem Anspruch bestmöglich gerecht werden zu können, müssen wir als Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gronau selbst das Recht haben, darüber zu entscheiden, auf welchen Straßen und Plätzen wir es bei Abwägung der unterschiedlichsten Ansprüche an den öffentlichen Raum für erforderlich halten, die Höchstgeschwindigkeit innerorts auf 30 km/h zu begrenzen. Bisher verwehrt uns der Bund mit seiner Straßenverkehrsordnung diese Entscheidungsbefugnis."

Die Gruppe hat daher beantragt: Die Stadt Gronau (Leine) schließt sich dem Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten" an.

Zur Begründung führen sie aus:

Bereits 934 Städte und Gemeinden (Stand 01.11.23) mit sehr unterschiedlichen politischen Mehrheiten engagieren sich bundesweit im Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten" für mehr Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Anordnung von Tempolimits. Auch der Deutsche Städtetag unterstützt diese Initiative. Bereits am 17.01.2020 hat der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der damaligen Koalitionsfraktionen von CDU und SPD in seiner Entschließung „Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr“ einen eindeutigen Auftrag an die Bundesregierung formuliert: Den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, von der innerörtlichen Regelhöchstgeschwindigkeit von 50 km/h nach eigenem Ermessen auch auf Hauptverkehrsstraßen abzuweichen. Die am 20.10.2023 vom Deutschen Bundestag beschlossene Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) ist nach Auffassung der mittlerweile fast 1.000 Mitgliedskommunen umfassenden Initiative „Lebenswerte Städte für angemessene Geschwindigkeiten“ ein wichtiger erster Schritt hin zu einem an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Mobilitätssystem in Städten und Gemeinden.

„Erstmals ist gesetzlich klargestellt, dass auch Belange des Umwelt- und Klimaschutzes, des Gesundheitsschutzes sowie der städtebaulichen Entwicklung straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen begründen können, wie beispielsweise die Bereitstellung von zusätzlichen Flächen für den Fuß- und Fahrradverkehr“.

1957 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Innerortshöchstgeschwindigkeit von 50 km/h eingeführt. Laut Umweltbundesamt zeigen die Erfahrungen mit diesem Tempolimit, dass Tempo 50 für einen bedeutenden Teil des Straßennetzes nicht mehr stadtvträglich ist. Die Einführung von 30 km/h als neue Regelgeschwindigkeit sei daher geboten.

Daher gilt es, gemeinsam mit möglichst vielen anderen Städten und Gemeinden in einem gemeinsamen Bündnis bundesweit den Druck auf den Bundesverkehrsminister zu erhöhen, uns in den Kommunen endlich die so dringend nötigen Entscheidungsspielräume zu eröffnen.

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Klimaschutz folgte in seiner Sitzung vom 30.01.2024 dem Antrag.

Weiter steht der Antrag zur Installation öffentlicher Trinkwasserbrunnen gemäß § 50 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz in der Stadt Gronau (Leine) auf der Tagesordnung. Hier hat die Gruppe beantragt:

1. Zur Gewährleistung der allgemeinen Daseinsvorsorge installiert die Stadt Gronau (Leine) an zentral frequentierten Orten allgemein zugängliche öffentliche Trinkwasserbrunnen.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die geeigneten und im Sinne der gesetzlichen Verpflichtung notwendigen Aufstellungsorte zeitnah, spätestens bis zum 28.02.2024, dem Rat vorzuschlagen. Gleichzeitig sind dem Rat zudem die aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich geeigneten Typen von Trinkwasserbrunnen vorzustellen. Die Installation der öffentlichen Trinkwasserbrunnen ist zeitnah in 2024 umzusetzen. Erfahrungen anderer Kommunen sind dabei zu berücksichtigen. Insbesondere ein Vandalismus-Schutz ist zu berücksichtigen.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel sind entsprechend einzustellen.

Zur Begründung führen sie aus:

Eine sichere Versorgung mit Trinkwasser gewinnt angesichts zunehmender Hitzeperioden und Dürren immer mehr an Bedeutung. Die Auswirkungen des Klimawandels sind inzwischen permanent auch im norddeutschen Raum und ganz konkret in unserer Gemeinde zu spüren. Insbesondere Kleinkinder, ältere, gesundheitlich angeschlagene und finanzschwache Menschen treffen die Folgen immer häufiger auch in Bereichen, die die öffentliche Daseinsvorsorge als staatliche Pflichtaufgabe berühren. Eine sichere Versorgung mit Trinkwasser, auch im öffentlichen Raum, zählt seit der letzten Änderung des Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 04.01.2023 mit Wirkung zum 12.01.2023 zweifelsfrei zum verpflichtenden Aufgabenkreis der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Demnach gilt nach § 50 Abs. 1 WHG: „Die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Hierzu gehört auch, dass Trinkwasser aus dem Leitungsnetz an öffentlichen Orten durch Innen- und Außenanlagen bereitgestellt wird, soweit dies technisch durchführbar und unter Berücksichtigung des Bedarfs und der örtlichen Gegebenheiten, wie Klima und Geografie, verhältnismäßig ist.“

Nach einer ersten vorläufigen Prüfung der gesetzlichen Anforderungen sind aus Sicht der Gruppe insbesondere folgende Orte für die Installation eines öffentlichen Trinkwasserbrunnens zu prüfen: Marktplatz in der Kernstadt Gronau, evtl. entlang der Fahrradrouten bzw. an den Fahrrad-Ladestationen. Bei erfolgreicher Installation kann im Nachgang die Aufstellung an weiteren Orten der Stadt geprüft werden.

Als Nebeneffekt verbessert die Installation der Trinkwasserbrunnen zudem die Aufenthaltsqualität der betroffenen Bereiche und wirkt sich somit unter anderem auch positiv auf die Frequentierung unserer Innenstadt aus.

Bzgl. der Finanzierung ist es aus unserer Sicht lohnend, eine mögliche Bezuschussung im Rahmen eines geeigneten Förderprogramms zu prüfen.

Unabhängige in Sarstedt

In der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur, Heimatpflege, Feuerschutz und Sicherheit am 08.02.2024 fand eine erste politische Debatte zu den Vorlagen der Verwaltung zum Innerstebad statt.

Die Verwaltung hat Vorlagen zur Erhöhung der Eintrittspreise sowie zu den Energieeinsparmaßnahmen und Festlegung der Schließzeit vorgelegt. Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung des Eintrittspreises von 30 % vor. **Sabine Düker** hat sich für eine weniger starke Anhebung ausgesprochen. Die Unabhängigen wollen eigentlich einen ganztägigen 2 Std.-Tarif und nicht nur abends 2 Std. vor Schließung, damit alle und zu jeder Zeit in den Genuss kommen. Außerdem erachten sie eine Erhöhung auf 6 € für ausreichend. Der Ausschuss berät hierüber nochmals am 05.03.2024 und die Entscheidung ist für den 12.03.2024 in der Ratssitzung vorgesehen.

Unabhängige in Söhlde

ÖPNV – Ergebnis?

Nach dem Termin für Nette-Innerste (31.01.) lässt sich feststellen:

Insgesamt war die Vorstellung des Kreises, vorsichtig gesagt, lieblos und beschränkte sich auf Darstellung des Vorhandenen.

Als Erfolg wurde mitgeteilt, dass alle Linien im Stundentakt bzw. 1,5 Stundentakt fahren. Kein Wort über Auslastung, Frequentierung (z.B. für einzelne Zeiten), also Nutzen dieser Taktung. Erreicht sie überhaupt den Bürger? Und wie entwickeln sich die Kosten? Grundsätzlich muss doch die Frage gestellt werden, wie bedarfsgerecht unser ÖPNV überhaupt ist.

Die „Neuerungen“ beschreiben eigentlich nur Flickerei an dem überholten System und weiterhin sind nicht alle Ortschaften an den Linienverkehr insgesamt und in ihrer Gemeinde angeschlossen. Eine Vorstellung von „Rosa“ und Weiterentwicklung fand keinerlei Erwähnung.

Nach wie vor würden wir gern mit allen Unabhängigen in den Gemeinden und im Kreis über den skizzierten Systemwechsel sprechen.

Also:

1. Anbindung aller Ortschaften einer Gemeinde zum Grundzentrum (interne Linien), dabei Nutzung des vorhandenen Schulbussystems (Grundschulen, SEK I) und Erweiterung. Diese Fahrten könnten die Busfirmen vor Ort übernehmen, die für den Ss-Verkehr zuständig sind.
Hinweis: Die Firmen und Fahrer klagen, dass bei ihnen durch 2 Fahrten vormittags und 2 nachmittags hohe Pausenzeiten entstehen. Diesem könnte durch zwischenzeitlichen Linienverkehr abgeholfen werden.
2. Buslinien von den Grundzentren nach Hildesheim (auch in der Stadt muss mal umgestiegen werden) mit Einbeziehung der regionalen Hauptorte (Bockenem, Sarstedt, Alfeld usw.). Ziel: Fahrtzeiten unter 30 Minuten
3. Anbindung der Linien an Bahnhöfe (wenn möglich), um Fahrzeiten zu verkürzen, ggf. auch Buslinien zu ersetzen.

Vielleicht finden wir eine gemeinsame Position, die wir dann mit Landrat, dem zuständigen Planungsbüro und „Rosa“ besprechen könnten. Das wäre **vor** der Aufstellung des neuen Nahverkehrsplanes aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt.

gez. Uwe Meinhardt

Wir engagieren uns:

HAZ vom 19.02.2024: Hildesheims Innenstadt wird zur Meile der Demokratie

...und die Unabhängigen in Hildesheim waren auch dabei!
Viel Zuspruch hat die Veranstaltung „Meile der Demokratie“ erhalten. Unter anderen konnten unser 1. Vorsitzender **Dr. Peter Justus** und Beisitzer **Werner Hinz** gute Gespräche führen. Was uns als Unabhängige allerdings sehr verwundert, ist die Tatsache, dass alle anwesenden Parteien in dem Bericht über „Die Meile“ als Teilnehmer aufgeführt wurden, nur die „Unabhängigen in Hildesheim“, die sogar im Rat der Stadt Hildesheim mit der CDU und der FDP eine Gruppe bilden, hat man im wahrsten Sinne des Wortes unter den Tisch gekehrt. Dieses zum wiederholten Male. Dabei stellen die Unabhängigen zwei Ratsmandate mit **Uwe Bringmann** und **Erdinc Parlak**. Nicht wie die PARTEI nur ein Mandat! Zukünftig erhoffen wir Unabhängige uns doch ein klein wenig mehr Beachtung von der hiesigen Lokalpresse.

gez. Christiane Dunkel,

2. Vorsitzende der Unabhängigen in Hildesheim



Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1– 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann
Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail vorstand@u-hi.de.

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: vorstand@u-hi.de